

Uwe Doering, MdA
Parlamentarischer Geschäftsführer,
Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin
fon: 030 23 25 -25 09 fax: -25 15
doering@linksfraktion-berlin.de
www.uwe-doering.de



1. Mahn- und Gedenkstätte Columbia-Haus an historischer Stelle errichten (s. 1)
2. Klimaschutzgesetz überarbeiten (s. 1)
3. Mietrecht transparent und sozial gestalten (s. 2)
4. Diese Stadt hat uns verdient! (Anhang)

Mahn- und Gedenkstätte Columbia-Haus an historischer Stelle errichten

Der Flughafen Tempelhof ist für viele vor allem Sinnbild für die NS-Architektur oder die Leistungen der Luftbrücke. Relativ unbekannt ist aber, dass sich auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens eines der ersten nationalsozialistischen Konzentrationslager in Berlin, das so genannte Columbia-Haus, befand. Dort waren zwischen 1933 und 1936 mehr als 8.000 Häftlinge, vor allem politische Gegnerinnen und Gegner des NS-Systems, inhaftiert. Das Gebäude der früheren kaiserlichen Militär-Arrest-Anstalt wurde im Jahre 1936 für den Flughafenbau geschlossen und letztlich 1938 abgerissen. Die späteren Kommandanten der Konzentrationslager Auschwitz, Buchenwald, Flossenbürg, Lublin-Majdanek, Ravensbrück, Riga und Sachsenhausen taten im Columbia-Haus, mitten in Berlin, ihren blutigen „Dienst“.

Seit 1994 existiert ein Mahnmal, das an die Misshandlungen und Morde im faschistischen KZ Columbia-Haus erinnert. Dieses steht zwar an einem öffentlich zugänglichen Ort, jedoch auf der dem historischen Areal gegenüberliegenden Straßenseite. Deshalb ist es für mich „das Mahnmal auf der falschen Straßenseite“. Weil der Flughafen Tempelhof damals wegen des Vier-Mächte-Status amerikanisches Hoheitsgebiet war, war das Gedenken am historisch korrekten Ort nicht möglich. Mit der Schließung des Flughafens Tempelhof ändert sich das nun. Es ist wichtig, dass die Gräueltaten im KZ Columbia-Haus im historischen Gedenken nicht untergehen.

Wolfgang Brauer, Thomas Flierl und ich haben einen Antragsentwurf erarbeitet, der den Senat dazu auffordert, bei der Planung des Tempelhofer Feldes einen Informations- und Gedenkort in Erinnerung an das Columbia-Haus an historischer Stelle zu berücksichtigen. Die Linksfraktion hat diesem Antrag einstimmig zuge-

stimmt. Bei der SPD-Fraktion wird der Antragsentwurf noch beraten. Hier der Antrag im gekürzten Wortlaut:

„Der Senat wird aufgefordert, bei der Entwicklung des Tempelhofer Feldes die Schaffung eines Informations- und Gedenkortes in Erinnerung an das Konzentrationslager Columbia-Haus [...] vorzusehen. Es soll ein Informations- und Gedenkort entstehen, mit dem an die sonst wenig beachteten frühen Konzentrationslager erinnert werden kann, die unmittelbar nach Beginn der NS-Diktatur in Berlin entstanden waren.

Als Standort ist der Bereich auf der Südseite des Columbiadamms vorzusehen, der jederzeit [...] frei zugänglich sein soll. Die Konzeptentwicklung und die Trägerschaft für diesen neuen Informations- und Gedenkort sollen in den Händen der Stiftung Topographie des Terrors liegen. Der Informations- und Gedenkort ist aus der Maßnahme zur Entwicklung des Tempelhofer Feldes zu finanzieren. [...]“

Klimaschutzgesetz überarbeiten

Für das Allendeblättchen habe ich einen Artikel über den Entwurf des Berliner Klimaschutzgesetzes geschrieben.

Hintergrund ist, dass vor allem Hausbesitzer, Vermieter- und Mieterorganisationen den Entwurf kritisieren, da er Eigentümer deren Heizungen älter

als 20 Jahre sind zur Modernisierung zwingen will. Dies ist häufig mit enormen finanziellen Belastungen verbunden.

Es sollte daher nach Wegen gesucht werden, die eher auf Freiwilligkeit und nicht auf Zwang setzen. Zudem sollte die Umweltfreundlichkeit einer Heizanlage nicht an ihrem Alter, sondern an ihrem CO₂-Ausstoß und ihren

Brennwerten festgemacht werden.

Der Artikel findet sich auf meiner Internetseite unter <http://www.uwe-doering.de/aktuelles.php>.

Mietrecht transparent und sozial gestalten

Mehrfach habe ich an dieser Stelle über Möglichkeiten und Initiativen zur sozial ausgewogenen Gestaltung von Mietpreisen berichtet (u. a. im Februar und März 2009). Nun – etwa ein dreiviertel Jahr nach der Klausur der Linksfraktion zu diesem Schwerpunkt – wird die rot-rote Koalition den Senat auffordern, zu prüfen inwieweit Bundesrecht durch gezielte Initiativen im Bundesrat durch das Land Berlin im Sinne einer sozialen und ökologischen Stadt geändert werden kann. Dazu wird demnächst ein gemeinsamer Antrag der Koalition ins Parlament eingebracht. Hier der Antrag in Auszügen:

„Der Senat wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit die bundesweit geltenden Regelungen des Mietrechts für den notwendigen Investitionsbedarf noch geeignet sind, die energetischen und nachhaltigen Modernisierungsmaßnahmen sicher zu stellen, ohne dass die Leistungsfähigkeit der Mieterinnen und Mieter überfordert wird. Die Prüfung des Senats soll darauf ausgerichtet sein, die Wirksamkeit und Treffsicherheit möglicher Initiativen im Bundesrat in Bezug auf die nachfolgend aufgeführten Punkte zu beurteilen:

1) Mietrecht an räumlichen Kriterien orientieren

Angesichts sich schnell vollziehender räumlicher Veränderungen [...] auf dem Wohnungsmarkt in Agglomerationsräumen, verdichteten Räumen und peripher ländlichen Räumen ist zu prüfen, ob das Mietrecht stärker an räumlichen Kriterien zu orientieren ist. [...]

2) Modifizierung der Modernisierungsumlage

Das System der einseitigen Umlagemöglichkeit von Modernisierungskosten ist systemfremd und widerspricht der Methodik der ortsüblichen Vergleichsmiete. Damit wird die Mietengerechtigkeit verletzt. Deshalb ist zu prüfen, ob auf die einseitige Umlage gänzlich verzichtet werden kann und die Modernisierungsaktivitäten transparent in das Vergleichsmietensystem eingebunden werden können. Hierbei ist auch zu prüfen, ob zukünftig die Modernisierungsumlage von 11% zeitlich begrenzt wird und ob im Falle eines Mieterwechsels dem neuen Mieter ein Auskunftsanspruch hierzu einzuräumen ist. Diese Maßnahmen befördern den ökologisch nachhaltigen Charakter von Mietspiegeln und führen zu mehr Gerechtigkeit.

3) Begrenzung von allgemeinen Mieterhöhungen

Die Kappungsgrenzen für allgemeine Mieterhöhungen bis zur ortsüblichen

Vergleichsmiete [...] sind zu ändern. Die Kappungsgrenze für allgemeine Mieterhöhungen soll von derzeit 20% auf 15% gesenkt werden, der Zeitraum für Mieterhöhungen ist derzeit von drei auf vier Jahre zu verlängern [...].“

Hintergrund ist die notwendige energetische Verbesserung der Wohnungsbestände, die für alle Beteiligten, vor allem aber für die Umwelt, Vorteile mit sich bringt. Mit dieser sind aber auch neue mieterrechtliche Fragen und Probleme der Mietpreise verbunden. So darf die Modernisierung von Wohnungen nicht zu Explosionen der Mieten führen. Heute ist es möglich, die Mietpreise auf Grund von Modernisierungen dauerhaft anzuheben. Ziel unserer Initiativen ist es, in Zukunft nur noch die tatsächlichen Kosten der Maßnahmen auf die Miete umzulegen. Allgemeine Mieterhöhungen durch Modernisierungen sollen damit unmöglich werden.

Bislang übersteigen die Möglichkeiten der Mietpreiserhöhungen die allgemeinen Steigerungen der Lebenserhaltungskosten bei weitem. Unser Ziel ist es jedoch, den möglichen Mietpreisanstieg in diesem Bereich zu halten.

Terminhinweise:

- 22. Januar, 16:30 Uhr

Bürgersprechstunde in der Dörpfeldstraße 54/56, Alte Schule

- 12. Februar, 16:30 Uhr

Bürgersprechstunde in der Dörpfeldstraße 54/56, Alte Schule

- 17. Februar, Zeit folgt

Treffen mit den Mieterbeiräten im Abgeordnetenhaus von Berlin zur Besprechung eines Entwurfs einer Mustersatzung. Mit der LAG Stadtentwicklung und Wohnen und Uwe Doering (Bau- und Wohnungspolitischer Sprecher der Linksfraktion)

- 12. März, 16:30 Uhr

Bürgersprechstunde in der Dörpfeldstraße 54/56, Alte Schule

Diese Stadt hat uns verdient!

Politik kann manchmal zäh und ermüdend sein – besonders Haushaltsdebatten. So verlief auch die letzte Sitzung des Plenums vor der Weihnachtspause ganz in diesem Sinne. Bis nach 13 Stunden Beratung zu später Stunde der Abgeordnete Gernot Klemm das Wort ergriff und begann aus dem Nähkästchen zu plaudern. Klemm, seit Ende 2009 wieder und zuvor von 1995 bis 2006 Mitglied des Abgeordnetenhauses, arbeitete von 2006 bis 2009 als Koordinator der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Linken. In dieser Funktion baute er Linksfraktionen im ganzen Bundesgebiet auf und konnte dabei Einblicke in die Arbeit der Deutschen Landesparlamente gewinnen. Hier ein Auszug aus seiner Rede:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen! Damit Sie dann doch noch mal etwas anderes hören können, nutze ich die Gelegenheit, ein paar persönliche Worte nur an die Fraktion der SPD und selbstverständlich an meine Fraktion zu richten, nachdem ich drei Jahre nicht mehr im Haus war. Die anderen brauchen in dem Falle gar nicht zuzuhören, wenn sie nicht wollen. Wie die eine oder der andere von Ihnen vielleicht gehört hat, habe ich in den letzten drei Jahren ein paar andere interessante Aufgaben wahrgenommen.

[Kai Gersch (FDP): Welche denn!]

Ich hatte in etlichen Bundesländern die Freude, neue Linksfraktionen in den Landtagen aufzubauen, [Beifall bei der Linksfraktion] und hatte dabei auch die weniger begeisternde Freude, die eine oder andere Landesregierung starten und arbeiten zu sehen.

[Christoph Meyer (FDP): Brandenburg!]

Zum Beispiel Bremen, da fing es an, rot-grüner Senat, Placebo. Bremen, der rot-grüne Senat steht für ein Placebo-Vergabegesetz oder vielmehr

für einen Placebo-Mindestlohn im Vergabegesetz. Bremen steht für ein Placebo-Sozialticket.

[Christoph Meyer (FDP): Er soll zur Sache reden! – Weitere Zurufe von der FDP]

Oder Hamburg, Schwarz-Grün. Warum regen Sie sich so auf? Ich komme auch auf Berlin zurück, [Heiterkeit bei der Linksfraktion und der SPD] das werden Sie merken. Hamburg, schwarz-grüner Senat. Die „grüne Handschrift“, greifen wir nur mal aus dem Koalitionsvertrag heraus, besteht aus 120 Prüfaufträgen im Koalitionsvertrag und dazu die Elbvertiefung und das Kraftwerk Moorburg.

[Beifall bei der Linksfraktion]

Oder Schleswig-Holstein!

[Andreas Gram (CDU): Was ist mit Bayern? – Weitere Zurufe von der CDU]

Ist ja nicht so lange her, schwarz-gelbe Regierung, übrigens nur im Ergebnis einer Wahlmanipulation jetzt so im Amt, wenn man es genauer betrachtet, eine Politik der wirtschaftspolitischen Tatenlosigkeit und des Kahl-schlages.

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Gernot Klemm (Linksfraktion): Ja, Zwischenfrage, bitte schön, von wem auch immer!

[Allgemeine Heiterkeit und allgemeiner Beifall]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns: Herr Schäfer!

Michael Schäfer (Grüne): Herr Klemm! Ich wollte Sie fragen, was denn in Ihrem Koalitionsvertrag zu neuen Kohlekraftwerken stand und was Ihr Senat gegen ein neues Kohlekraftwerk getan hat.

Gernot Klemm (Linksfraktion): Wir bauen keins in Berlin, das ist der Unterschied!

[Starke Heiterkeit und starker Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Danke für die Frage! Und deshalb sage ich, dieser Berliner Senat ist handwerklich mit das Beste, das man an Landesregierungen in Deutschland erleben kann.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD – Gelächter bei der CDU]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

Gernot Klemm (Linksfraktion): Nein, jetzt nicht mehr! – Und dieser Senat ist inhaltlich – gerade wenn man für Sozialpolitik steht – mit das Beste, was man in Deutschland erleben kann.

[Dr. Sebastian Kluckert (FDP): Reden Sie zur Wirtschaftspolitik oder zur Sozialpolitik? – Weitere Zurufe von der FDP]

Deshalb, sage ich, sind wir – und das auch wieder nur an die Fraktion der Linken und die Fraktion der SPD – in der Pflicht, diese Koalition auch weiter erfolgreich zu gestalten, denn diese Stadt hat uns verdient.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD – Gelächter bei der CDU, den Grünen und der FDP]

Deshalb mache ich gar nicht das Spiel zu sagen, wir haben ja erklärt, dass der Einzelplan 13 richtig super ist, Opposition solle jetzt zustimmen, brauchen wir nicht, den Einzelplan, weil er gut ist, kriegen SPD und Linke natürlich allein durch wie den gesamten Superhaushalt. – Danke!

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD – Gelächter bei den Grünen – Zuruf von Michael Schäfer (Grüne)]“